

Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch

der Atomwaffengeegner



Geschäftsführer: Klaus Vack, 805 Offenbach 4, Buchrainweg 161, Postfach 648

Zentraler Ausschuß
Geschäftsführung
Telefon (06 11) 88 60 51 / 52
Postscheck Frankfurt
Konto Nr. 6255
Bank für Gemeinwirtschaft
Offenbach, Konto 740 633

Sehr verehrte Damen! Sehr geehrte Herren!

Die Kampagne für Abrüstung hat in dem vergangenen Jahr ihre Tätigkeit verstärkt und ihre politische Aussage konkretisiert. Ihr Bemühen um eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung, für die Beendigung des Krieges in Vietnam und für die Erhaltung der Demokratie in der Bundesrepublik wird 1967 einen neuen Höhepunkt in den Veranstaltungen und Märschen zu Ostern finden.

In der gegenwärtigen politischen Situation in der Bundesrepublik halten wir dieses Bemühen um eine neue Politik einer an keine Partei gebundenen außerparlamentarischen Sammelbewegung wie der Kampagne für Abrüstung für notwendiger denn je. Wir unterstützen deshalb den Aufruf der Kampagne zum Ostermarsch 1967, der umseitig wiedergegeben ist. Wir bitten Sie, die politische Aussage des Aufrufes zu prüfen und sofern Sie mit ihr übereinstimmen, den Aufruf durch Ihre Unterschrift zu unterstützen. Wir halten das Engagement jedes einzelnen für erforderlich, um endlich auch in unserem Lande, eine Politik der Entspannung, der stabilen Friedenssicherung und der Zusammenarbeit der Völker durchzusetzen.

Mit freundlichem Gruß!

(Prof. W. Abendroth)

(Heinrich Böll)

(Dr. Andreas Buro)

(H. M. Enzensberger)

(Herbert Faller)

(Prof. H. Gollwitzer DD)

(Dr. W.-O. von Hentig)

(Erich Kästner)

(Dr. H. Kloppenburg DD)

(Hinrich Oetjen)

(Philipp Pleß, MdL.)

(Horst Symanowski)

(Gösta v. Uexküll)

(Klaus Vack)

(Martin Walser)

Kuratorium: Frank Allaun, Hedwig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Fleichheim, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maler, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Hans Konrad Tempel, Heinrich Vogel, Ernst Friedrich Wolf.

Sprecher des Zentralen Ausschusses: Dr. Andreas Buro, 806 Dachau, Schwarzhölzstraße 20

Aufruf zum Ostermarsch 1967

- **FÜR SICHERHEIT IN EUROPA**
- **FÜR ABRÜSTUNG UND DEMOKRATIE**
- **GEGEN NOTSTANDSGESETZE**
- **GEGEN DEN KRIEG IN VIETNAM**

Die Bundesrepublik befindet sich in einer politischen Krise. Eine wirtschaftliche Krise zeichnet sich ab. Diese Erscheinungen können nicht auf das Unvermögen von Personen zurückgeführt werden, sie sind Ergebnis der bisher betriebenen, verfehlten Politik. Von der zukünftigen Politik der Bundesrepublik hängt es ab, ob die Krisen im eigenen Lande überwunden oder vertieft, ob die internationalen politischen Konflikte unserer Zeit gelöst oder verschärft werden. Die Bundesrepublik befindet sich in einer Situation, in der die politischen Weichen für morgen gestellt werden. Drei Fragen stehen im Vordergrund:

- Wird auch die neue Bundesregierung die Störversuche gegen die Entspannungspolitik in Europa fortsetzen oder wird sie sich den Bemühungen um Entspannung, um ein neues System europäischer Sicherheit, um Rüstungskontrolle und Rüstungsbeschränkung anschließen?
- Wird auch die neue Bundesregierung die Politik der Notstandsgesetzgebung, der Militarisierung und „Formierung“ der Gesellschaft fortsetzen oder wird sie sich für den demokratischen und sozialen Rechtsstaat entscheiden und dem Auftrag des Grundgesetzes folgen, „dem Frieden der Welt zu dienen“?
- Wird auch die neue Bundesregierung den Krieg der USA in Vietnam moralisch, finanziell und politisch unterstützen oder wird sie von diesem Krieg abrücken und bei den verbündeten Vereinigten Staaten auf seine Beendigung wirken?

Diese Alternativen sind Ausdruck einer zentralen Frage: Ist die neue Bundesregierung bereit, den gefährlichen und aussichtslosen Versuch aufzugeben, die Verhältnisse in Mitteleuropa durch eine Politik der Stärke und der Aufrüstung zu ändern?

Die Bundesrepublik muß eine neue Politik machen. Nur dann kann sie sich aus der Isolierung befreien, in die ihre Politik sie gegenüber Ost und West gebracht hat.

FRIEDEN IN VIETNAM

Die Vereinigten Staaten, der engste und mächtigste Verbündete der Bundesrepublik, führen in Vietnam einen Vernichtungskrieg. Dieser Krieg ist verursacht durch das Bestreben der herrschenden Kreise der USA, sich aus machtpolitischen Gründen in die inneren Angelegenheiten anderer Völker einzumischen. In Vietnam wollen die USA für alle asiatischen und lateinamerikanischen Völker ein Exempel statuieren: daß in ihrem Machtbereich soziale Veränderungen gegen ihren Willen nicht möglich sind.

Aus allen Teilen der Welt, vor allem aus den USA selbst, kommen leidenschaftliche Proteste gegen den Krieg in Vietnam. Diesen Stimmen schließen wir uns an. Wir unterstützen die politischen Forderungen zur Beendigung des Krieges in Vietnam, die unter anderem U Thant und de Gaulle erhoben haben:

- Einstellung der Bombenangriffe auf Nord-Vietnam;
- Anerkennung der Nationalen Befreiungsfront als Verhandlungspartner;
- Einstellung der militärischen Aktivität in Süd-Vietnam;
- Verhandlungen auf der Grundlage des Genfer Abkommens von 1954;
- Abzug aller ausländischen Truppen und Neutralisierung ganz Vietnams.

Wir fordern die Bürger der Bundesrepublik auf, dafür einzutreten,

- daß die Bundesregierung den Krieg in Vietnam nicht länger unterstützt und stattdessen bei der Regierung der USA auf eine friedliche Lösung des Konfliktes hinwirkt,
- daß humanitäre Hilfe allen Opfern des amerikanischen Krieges in Vietnam zugutekommt.

SICHERHEIT IN EUROPA

Mitteleuropa ist immer noch ein gefährlicher Krisenherd der Weltpolitik. Mehr als 20 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges ist es angefüllt mit Truppen, Raketen und atomaren Waffen. Führende europäische Politiker, im Westen wie im Osten, treten dafür ein, in Europa schrittweise Abrüstung auf beiden Seiten zu vereinbaren und das feindliche Gegenüber und die Abkapselung der Blöcke zugunsten eines friedlichen Nebeneinanders und einer offenen Zusammenarbeit zu überwinden.

Die früheren Regierungen der Bundesrepublik hingegen hatten die Mitarbeit an einer Politik der Entspannung verweigert. Sie haben den Vorschlägen zur regionalen Rüstungsbeschränkung widersprochen, sie wollten die NATO weiterhin als Instrument der Stärke-Politik einsetzen und stellten für eine europäische Sicherheitskonferenz Vorbedingungen, die eine solche Konferenz unmöglich machen mußten. Die früheren Bundesregierungen erhoben weiterhin Anspruch auf Mitverfügung über Atomwaffen und verhinderten damit den Abschluß eines Vertrages gegen ihre Weiterverbreitung. Sie vertraten die Alternative: Erfüllung ihrer politischen Forderungen – oder Fortsetzung der Politik der militärischen Stärke. Das aber bedeutet militär-politische Pression.

Fortschritte in und für Deutschland sind aber nur zu erhoffen, wenn Ost und West Vertrauen in eine friedliche Politik Deutschlands setzen können; Schritte zur deutschen Wiedervereinigung sind nur denkbar als Folge der Entspannungspolitik, nicht aber als Voraussetzung der Entspannung oder gar als Ergebnis der Politik der Stärke. Aktiv und ohne Vorbehalte muß sich die Bundesrepublik an der Entspannungspolitik beteiligen und dazu beitragen, das zerrissene und von Waffen starrende Europa zu einem System friedlicher Zusammenarbeit umzuformen. Das ist der einzige Ausweg aus der Krise und Sterilität unserer Außen- und Deutschland-Politik.

Die dringenden Schritte für eine vernünftige Politik unseres Landes sind deshalb:

- Verzicht der Bundesrepublik auf jede Mitverfügung über Atomwaffen;
- Zustimmung zu einem Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen;
- Mitarbeit an einer Sicherheitskonferenz aller europäischen Staaten unter Einbeziehung der USA – ohne Vorbedingungen;
- Mitarbeit an Rüstungsbeschränkung und Rüstungsabbau in Europa;
- Initiative zu einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

SCHUTZ DER DEMOKRATIE

Als Konsequenz der Rüstungspolitik droht die Gefahr, daß die gesamte Bevölkerung schon in Friedenszeiten durch Notstands- und Zivildienstgesetze für die Zwecke einer verfehlten Politik erfäßbar und manipulierbar gemacht wird. Die Regierung soll die Möglichkeit erhalten, notfalls auch gegen den Willen der Bevölkerung militärische Drohung bis an den „Ernstfall“ heranzutreiben. Mit den Not-

Fortsetzung auf der Rückseite

Bitte unterzeichnen und recht bald einsenden

An die

Bitte, deutlich schreiben!

Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Zentraler Ausschuß

605 Offenbach 4

Postfach 648

Ich unterstütze den Aufruf zum Ostermarsch 1967:

Name: Telefon:

Postleitzahl: Ort: Straße:

Wichtig! Bitte, Berufsgruppe ankreuzen!

- | | | |
|---|---|---|
| <input type="checkbox"/> 1 Abgeordnete und Wahlbeamte, Funktionäre politischer Parteien und Vereinigungen | <input type="checkbox"/> 6 Schauspieler, Sänger, Musiker, Mitarbeiter bei Theater, Film, Funk und Fernsehen | <input type="checkbox"/> 11 Ärzte, Heilberufe |
| <input type="checkbox"/> 2 Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte, Betriebsjugendsprecher | <input type="checkbox"/> 7 Architekten, Bildhauer, Maler | <input type="checkbox"/> 12 Ingenieure, Chemiker, Techniker |
| <input type="checkbox"/> 3 Leitende Personen aus Industrie und Wirtschaft, Selbständige | <input type="checkbox"/> 8 Pädagogen, Sozialpädagogen | <input type="checkbox"/> 13 Juristen |
| <input type="checkbox"/> 4 Geistliche, Theologen, Vertreter des kirchlichen Lebens | <input type="checkbox"/> 9 Hochschullehrer, Wissenschaftler | <input type="checkbox"/> 14 Angestellte, Arbeiter, Beamte |
| <input type="checkbox"/> 5 Schriftsteller, Publizisten, Journalisten, Verleger | <input type="checkbox"/> 10 Vertreter aus Jugend- und Studentenorganisationen | <input type="checkbox"/> 15 Weitere Berufe und Hausfrauen |

Ich erbitte weitere Exemplare des Ostermarschaufrufs 1967 mit Vordruck (50 Stück DM 6,-).

Datum:

Unterschrift

B

standsgesetzen sollen freiheitliches Bewußtsein und gesicherte Rechtsstaatlichkeit in unserem Lande ausgelöscht werden. Auf Kosten des Sozialstaates, auf Kosten der Länder und Gemeinden, auf Kosten produktiver öffentlicher Aufgaben und nicht zuletzt auf Kosten jedes einzelnen Bürgers soll der zentralisierte Rüstungsstaat durchgesetzt werden. Das Volksvermögen würde dann noch mehr als bisher für eine illusionäre Machtpolitik vergeudet.

Jeder Bürger muß sich gegen dieses Attentat auf elementare Freiheitsrechte, gegen die Militarisierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens zur Wehr setzen und fordern:

- Keine Verabschiedung weiterer Notstandsgesetze;
- Aufhebung der bereits beschlossenen Notstandsgesetze;
- Schutz der Verfassung vor jeder autoritären Verfälschung.

Die Alternative zur Notstands- und Rüstungspolitik heißt:

- Statt „Vorbereitung auf den Ernstfall“ Verhütung des Ernstfalls durch eine deutsche Entspannungspolitik;
- Aktive Mitarbeit unseres Landes an der Strategie des Friedens für eine Welt ohne Hunger und Krieg.

WIR APPELLIEREN AN ALLE

Diese politische Alternative muß von den Bürgern unseres Landes durchgesetzt werden. Für eine solche Politik der Sicherheit durch Entspannung und Abrüstung tritt die Kampagne, die unabhängig und parteipolitisch neutral ist, ein. Wir fordern dazu auf, die Vorschläge der Kampagne für Abrüstung zu prüfen, ihre Aktionen zu unterstützen und teilzunehmen am Ostermarsch 1967.

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß

Hier abtrennen

INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG

publizieren Nachrichten, Dokumente und Meinungen zum Thema Entspannung – Abrüstung – Vietnam – Notstandsgesetzgebung und unterrichten über die Aktionen der Kampagne.

Die INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG werden von der Kampagne für Abrüstung herausgegeben – sie erscheinen monatlich. Bitte fordern Sie ein Probeexemplar an, oder bestellen Sie sofort.

Senden Sie mir bitte ein Probeheft der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG.

Senden Sie mir bitte regelmäßig Exemplar(e) der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG. Den Abonnementpreis von DM 8,- für ein Jahr überweise ich auf Anforderung sofort.

Vorname

Zuname

Postleitzahl und Wohnort

Straße und Hausnummer